Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschusses der Verbandsgemeinde

---

Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 24.04.2025
Beginn:	18:30 Uhr
Ende	19:45 Uhr
Ort, Raum:	06311 Helbra, Mittelstraße 10, Schulungsraum Feuerwehr

Anwesend:

Vertreter

Herr Gerd Wyszkowski

i. V. für Herrn Timm

Mitglieder

Herr Norbert Born

Herr Robin Lucas Eddelbüttel

Herr Matthias Jentsch

Herr Walter Kampa

Herr Matthias Klenner

Herr Karsten Patz

Herr Gunter Wakan

Herr Uwe Wischalla

Verwaltungsbedienstete

Herr Dennis Amey

Frau Stephanie Drescher

Herr Lars Hesse

Frau Sabine Rathmann

Frau Claudia Renner

Gäste

Herr Jürgen Colawo

Herr Frank Ochsner

Herr Andreas Zinke

Abwesend:

Mitglieder

Herr Gerhard Blume

Herr Lars Rose

Herr Uwe Tempelhof

Herr Ralf Timm

Frau Steffi Ziervogel-Sommer

Verwaltungsbedienstete

Frau Yvonne Regner

Gäste

Herr Steffen Leder

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden

Der **Vorsitzende** eröffnete die Sitzung um 18:30 Uhr und begrüßte alle anwesenden Ausschussmitglieder und Mitarbeiter der Verwaltung.

zu 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzungsunterlagen gingen allen Verbandsgemeinderäten fristgerecht zu. Mit 9 von 13 anwesenden Ausschussmitgliedern war der Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss beschlussfähig.

zu 3 Änderungsanträge zur vorliegenden Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung lagen nicht vor.

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Form festgestellt.

zu 4 Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung vom 20.02.25

Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung wurden nicht geltend gemacht.

Die Niederschrift ist somit genehmigt.

zu 5 Bekanntgabe der Ergebnisse der Beschlussvorlagen des nichtöffentlichen Teiles der letzten Sitzung vom 20.02.25

Herr Born gab die Beschlüsse aus dem **nichtöffentlichen Teil** der letzten Sitzung bekannt.

Versetzung in den Ruhestand Beamter

Vorlage: VBG/BV/046/2025

Personalangelegenheit - Nachbesetzung SB Liegenschaften I

Vorlage: VBG/BV/051/2025

Folgende Beschlussempfehlung wurden an den VBGR gegeben:

Personalangelegenheit - Nachbesetzung SB Liegenschaften II

Vorlage: VBG/BV/050/2025

zu 6 Bericht über den Bearbeitungsstand der Beschlüsse und Festlegungen der letzten Sitzung vom 20.02.25

Herr Born informierte, im öffentlichen Teil der letzten Sitzung wurden keine Beschlüsse gefasst.

Folgende Beschlussempfehlungen wurden an den VBGR gegeben:

Antrag der Fraktion Freiwillige Feuerwehr im VG-Rat Mansfelder Grund-Helbra - Hauptsatzung der Verbandsgemeinde

Vorlage: VBG/BV/047/2025

Der Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss empfiehlt dem Verbandsgemeinderat die Beschlussfassung mit den Änderungen der heutigen Sitzung und dem Antrag der AfD Fraktion (lt. Anlage).

Beschlussvorschlag:

Der Verbandsgemeinderat beschließt der vorliegenden Hauptsatzung zuzustimmen.

Antrag der Fraktion Freiwillige Feuerwehr im VG-Rat Mansfelder Grund-Helbra - Geschäftsordnung der Verbandsgemeinde

Vorlage: VBG/BV/048/2025

Der Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss empfiehlt dem Verbandsgemeinderat die Beschlussfassung mit den Änderungen der heutigen Sitzung.

Beschlussvorschlag:

Der Verbandsgemeinderat beschließt der vorliegenden Geschäftsordnung zuzustimmen.

zu 7 Einwohnerfragestunde

Es waren keine Einwohner anwesend und schriftliche Anfragen lagen nicht vor.

**zu 8 Abwägungsbeschluss zur Verbandsgemeindeumlage 2025
Vorlage: VBG/BV/059/2025**

Ausführungen und Diskussion:

Frau Renner ließ zum TOP noch einen Variantenvergleich zu den Hebesätzen austeilen. Die Korrektur betrifft das Neptunbad, welche im Entwurf des Ergebnis- und Finanzplans (Variante 1 und 2) noch nicht enthalten ist. Sie erwähnte, das DLRG lässt die Verbandsgemeinde nicht aus dem Vertrag herausgehen.

Ausführungen zum Verbandsgemeindeumlagesatz in Höhe von 30 % und 40 % wurden gemacht, mit dem Hinweis auf die Korrektur.

Frau Renner gab zu bedenken, eine Senkung der Umlage auf 30 %, könnte die Kommunalaufsicht beanstanden und dann käme möglicherweise kein Haushalt für 2025 zustande.

Gemäß KVG LSA erhebt die Verbandsgemeinde soweit ihre sonstigen Erträge und Einzahlungen nicht ausreichen von dem Mitgliedsgemeinden nach den hierfür geltenden Vorschriften eine Umlage, um den erforderlichen Bedarf zu decken. Die Umlagesätze sind in der Haushaltssatzung für jedes Jahr festzusetzen.

Sie sagte, es sollte zuerst über den TOP 8 abgestimmt werden, wenn über TOP 8 und TOP 9 diskutiert wurde. Die Ausschussmitglieder hatten nichts dagegen.

Der Vorsitzende bat die Ausschussmitglieder um Fragen zur Thematik.

Herr Jentsch fragte zum Ertrag nach. **Frau Renner** antwortete, hier geht es um alle Einnahmen, also auch nicht finanzwirksame. In der Regel fließen diese aber in den Saldo aus Laufender Verwaltungstätigkeit.

Herr Ochsner sagte, unsere Zahlen auf Seite 2 im letzten Absatz stimmen nicht mit den ausgereichten Zahlen vom Kreistag überein. Er fragte zu den Abweichungen nach.

Frau Renner antwortete, die Verwaltung nimmt zur Berechnung die Zahlen aus dem Haushaltsprogramm als Grundlage und eigene vorliegende Daten. Ein Vergleich mit den Zahlen vom Kreistag wurde nicht erstellt.

Weiter fragte **Herr Ochsner**, zu den freien Spitzen in den Jahresabschlüssen nach. **Frau Renner** beantwortete, der Landkreis arbeitete mit dem Ergebnishaushalt und wir als Verwaltung mit dem Finanzhaushalt.

Herr Ochsner sprach die gestrige Sitzung des Kreistages an und erwähnte, dass 900,00 € kein positives Jahresergebnis sein kann. Es gibt Investitionsstau und nichts wurde bearbeitet. Der Haushalt der Kommune ist nicht klar dargestellt erwähnte er. **Frau Renner** sprach hierzu die Jahresabschlüsse in den großen Kommunen an, Planungen fielen negativ aus und Umsetzungen funktionierten nicht wie sie geplant waren. Weiter sagte sie, in 2 bis 3 Kommunen waren zum Zeitpunkt der Aufstellung die Jahresabschlüsse noch nicht geprüft.

Herr Ochsner stellte fest, die Gemeinde Ahlsdorf hat 2024 einen Negativen Jahresabschluss und beim Landkreis wurde er als positiv ausgewiesen. Die Gemeinde Ahlsdorf hatte wohl noch nie positive Ergebnisse erzielt, so **Herr Ochsner**. **Frau Renner** sagte diesbezüglich, haben wir uns auf den Ergebnisplan gestützt.

Verantwortung: Fachdienst Finanzen

- **Herr Ochsner** bat um Überprüfung der Zahlen mit der Tabelle aus den Kreistagsunterlagen.

Weiter ging die Sitzung zunächst mit TOP 9 und danach erfolgte die Abstimmung zur BV.

Beratungsergebnis:

Beschlussvorschlag:

Der Verbandsgemeinderat beschließt, nach Abwägung der im Beteiligungsprozess ermittelten finanziellen Belange der Mitgliedsgemeinden und der Verbandsgemeinde den Umlagesatz zur Verbandsgemeindeumlage im Haushaltsjahr 2025 auf 40,64 von Hundert festzusetzen.

Damit wird der Beschluss ohne Empfehlung an den Verbandsgemeinderat zur endgültigen Entscheidung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

anwesend	:9
dafür	:2
dagegen	:2
Enthaltung	:5
Mitwirkungsverbot gem. § 33 KVG LSA	:0

**zu 9   Haushaltssatzung 2025
                  Vorlage: VBG/BV/060/2025**

Ausführungen und Diskussion:

Frau Renner sagte, entsprechend KVG LSA ist für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen. Sie erwähnte, in den Haushalt 2025 muss noch das Neptunbad eingerechnet werden. Vom Bauamt wurden unbedingt notwendige und nicht verschiebbare Maßnahmen dargestellt. Die Anbau-

ten an den Grundschulen müssen nicht zwingend ausgeführt und die Instandsetzung der Spielplätze muss nicht erfolgen.

Auf Wunsch der AfD-Fraktion wurde eine entsprechende Liste eingefügt, hierbei können die roten Bereiche nicht gestrichen werden, so **Frau Renner**.

Herr Wakan wies auf das Konsolidierungsprogramm hin, hierzu fehlten ihm noch die Gebäudeanalyse zu den Energieverbräuchen und die Auswirkungen bezüglich der Anschaffung von Tonaufzeichnungsgeräten für die Gemeinderatsitzungen.

Herr Zinke sagte, aus seiner Erfahrung heraus sind die Aufzeichnungen nur eine Hilfe im Nachgang der Sitzung, um noch mal hinein hören zu können, verkürzt aber nicht die Zeit von der Aufnahme bis zum fertigen Protokoll. Er hat derzeit mehr Zeitaufwand die Niederschriften zu korrigieren, als es bei der damaligen Protokollantin Frau Schröder war. Die ehemalige Mitarbeiterin stammte aus dem Mansfelder Grund, kannte sich dort sehr gut aus und hatte sehr viel Berufserfahrung in der Kommunalverwaltung.

Herr Ochsner wollte wissen, warum der Anbau an die Grundschule Klostermansfeld nun eine freiwillige Aufgabe sei und verwies diesbezüglich auf das Ganztagsförderungsgesetz. Im Vorbericht war es anders dargestellt, so Herr Ochsner.

Frau Renner antwortete, die Ganztagsbetreuung muss nicht zwingend in der Grundschule stattfinden. Der Hort kann auch außerhalb stattfinden.

Herr Ochsner meinte, bei der Grundschule in Klostermansfeld besteht Handlungsbedarf.

Frau Renner antwortete, aus Sicht der Verwaltung sind die Anbauten an die Grundschulen nicht zwingend nötig, da die Kinderzahlen sinken, keine Überbelastung vom Hort angezeigt wurde und ein Multifunktionsraum im Mehrzweckgebäude genutzt werden soll. Die Anbauten sind wünschenswert in beiden Orten.

Herr Born sagte, hier wird heute das Ergebnis der Klausurtagung zur Abstimmung angeboten. Alle Maßnahmen wurden zusammengetragen, Folgeschäden dürfen durch Maßnahmen nicht entstehen und Rechtsansprüche wurden geprüft. Die Verwaltung hat einen Umlagesatz von 40,64 % vorgeschlagen, so Herr Born.

Frau Renner fragte, ob es Änderungsanträge zur Thematik gibt. Das war nicht der Fall.

Herr Kampa fragte nochmals zur Variante nach. **Frau Renner** sagte, die Verwaltung schlägt das Konzept mit den Punkten der Klausurtagung vor.

Beratungsergebnis:

Beschlussvorschlag:

Der Verbandsgemeinderat beschließt die Haushaltssatzung der Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra für das Haushaltsjahr 2025, einschließlich des Haushaltskonsolidierungskonzeptes.

Damit wird der Beschluss ohne Empfehlung an den Verbandsgemeinderat zur endgültigen Entscheidung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

anwesend	:9
dafür	:2
dagegen	:3
Enthaltung	:4
Mitwirkungsverbot gem. § 33 KVG LSA	:0

zu 9.1 Variante 1 (Streichung freiwillige Aufwendungen und Auszahlungen, 30% Umlage)

Die Variante 1 zum Haushaltsplan mit 30 % Verbandsgemeindeumlage wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.2 Variante 2 (Streichung freiwillige Aufwendungen und Auszahlungen, 40% Umlage)

Die Variante 2 zum Haushaltsplan mit 40 % Verbandsgemeindeumlage wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10 Mitteilungen, Anfragen, Anregungen

Mitteilungen, Anfragen oder Anregungen lagen vor.

Von den Anwesenden wurden folgende Sachverhalte angesprochen:

Herr Jentsch

1. Grundsteueraufkommen

Er fragte zum Aufkommen in Sachen Grundsteuern nach. **Frau Renner** antwortete, es liegen ca. noch 14 offene Widersprüche vor, welche in der nächsten Woche beantwortet werden.

Herr Kampa fragte zum Ergebnis diesbezüglich nach. **Frau Renner** sagte, das Ergebnis von vorher, wird nahezu erreicht werden, im Vergleich zum letzten Jahresergebnis. Einige Gebäude fehlen noch, aber es wird sich angenähert.

Herr Ochsner

2. Protokoll VBGR 27.04.25

Er wollte wissen, wann mit dem Protokoll des letzten VBGR (27.04.25) zu rechnen ist.

Bei dieser Sitzung wurde die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte nicht eingehalten, sagte er. Ein eklatanter, weiterführender Punkt wurde vorgezogen. Hier hätte ein Änderungsantrag gestellt werden sollen, in dem die Änderung der Reihenfolge geändert werden sollte.

Der Entwurf vom Sitzungsprotokoll liegt in der Verwaltung vor und wurde zur Korrekturlesung an der Vorsitzenden versendet.

Herr Wischalla

3. Abweichungen der Steuerbescheide

Er fragte zu extremen Abweichungen der Steuerbescheide nach.

Frau Renner antwortete, wenn es zu fehlerhaften oder falschen Angaben gekommen sein sollte, werden diese durch das Finanzamt berichtigt. Große Probleme gab es bei der Angabe zur Kernsanierung.

Herr Wyszkowski

4. Defekte Spielgeräte auf dem Spielplatz Helbra

Er merkte an, das marode und defekte Spielgeräte auf dem Spielplatz abgebaut werden müssen und ohne Haushalt kann kein Ersatz angeschafft werden. Ihn interessierte die Kaufsumme für den Ersatz der defekten Spielgeräte.

Herr Patz

5. Umlagesatz

Herr Patz wäre mit einem Umlagesatz von 50 % mitgegangen um die Verbandsgemeinde sauber zu halten, sagte er. Die Mitgliedsgemeinden sollten nicht abgeschafft werden. Aufgaben sind wahrzunehmen.

6. Höhergruppierungen

Weiter sprach er den Vertrauensbruch bezüglich der Höhergruppierungen von Mitarbeitern an.

Herr Born hinterfragte die Aussage von Herrn Patz zu den Höhergruppierungen. Er verwies auf eine Anfrage der FFW – Fraktion aus 2024 zu den Einstufungen und Eingruppierungen von 01/2019 – 06/2024. Im Ergebnis waren dort 3 Fälle sichtbar

1. SB Tiefbau (Fachkräftezulage)
2. SB Tiefbau (Erfahrungsstufe 3)
3. Gerätewart (Höhergruppierung im Juli 2019, vor seiner Amtszeit durch Herrn Skrypek)

Die Höhergruppierungen in der jüngsten Vergangenheit erfolgten auf Antrag der Mitarbeiter, durch „Neubewertung“ einer unabhängigen Stelle bei der SIKOSA.

Herr Born

7. Angebot zu Diskussion in den Fraktionen

Herr Born bot an, in die Fraktionssitzungen zu gehen, um dort nochmals zum Abwägungsbeschluss Verbandsgemeindeumlage 2025 und Haushalt 2025 aufzuklären.

Herr Kampa

8. Änderung KITA-Beiträge

Er fragte zu den Kita-Beiträgen nach.

Herr Born sagte, dieses Thema wird im BKSSA VBG zeitnah behandelt werden.

Frau Renner erwähnte, dass eine Überarbeitung der Beiträge und die Beschlussfassung im VBGR nicht vor 09/2025 erfolgen wird.

Herr Kampa fragte nach, ob die Zahlen nicht schon vor der Sommerpause bekanntgegeben werden können.

- **Verantwortung:** Fachdienst Zentrale Dienst u. Finanzen

Herr Ochsner

9. Höhergruppierung Lüge durch Herrn Born

Er griff die Diskussion zu Höhergruppierung in der Verwaltung auf, insbesondere die des Gerätewarts. *Durch Herrn Skrypek erfolgte eine Stufenerhöhung im Bereich Gerätewart, sei eine Lüge so Herr Ochsner.*

Frau Renner berichtete, es war eine Höhergruppierung gemeint.

Herr Born verwahrte sich gegen die Aussage ein „Lügner“ zu sein und verwies nochmal auf die Anfrage der FFW - Fraktion.

Herr Wyszkowski

10. Ausschusssitzungen aufsuchen

Herr Wyszkowski bat das Gremium, auch an Ausschusssitzungen teilzunehmen, damit dort die fachlichen Fragen gestellt und beantwortet oder zur Beantwortung weitergegeben werden können.

Herr Wakan

11. Anträge freier Träger Volkssolidarität und AWO

Herr Wakan forderte an, die Anträge der freier Träger Volkssolidarität und AWO zur Verfügung zu stellen.

Herr Born sagte ihm dies zu.

Herr Patz fragte zu den Kosten der freien Träger nach.

Frau Renner antwortete, auch hier sind die Kosten angestiegen.

12. Willensbekundung MZH BLA

Herr Wakan erkundigte sich nach dem aktuellen Stand, zur Willensbekundung bezüglich der Mehrzweckhalle (MZH) in Blankenheim.

Herr Born antwortete, er wollte erst die Vereidigung der neuen Bürgermeisterin in Blankenheim abwarten. Herr Leder informierte kürzlich Herrn Born, über einen möglichen Interessenten für die MZH. Hierzu wurden noch keine Bemühungen weiter unternommen.

Herr Patz fragte nach, ob Interesse an der MZH und der ehemaligen Grundschule besteht. **Herr Born** sagte, der Interessent bekam seine Telefonnummer, er hat sich aber noch nicht bei ihm gemeldet.

Herr Jentsch

13. Aktuelle Situation Meldeamt

Herr Jentsch stellte fest, dass im Einwohnermeldeamt schon seit ca. 4 Wochen nur mit knapper Besetzung gearbeitet wird. Er fragte nach, wann die Situation wieder besser wird, damit die langen Wartezeiten für die Bürger nicht zur Dauer werden. **Frau Renner** antwortete, Herr Saul sei kürzlich dort als Vertretung eingesprungen, aber derzeit ist das Einwohnermeldeamt nur mit einem Mitarbeiter besetzt.

Herr Hesse

14. Lenkungsausschuss KWP am 23.04.25

Ergebnisse der Bestands- und Potentialanalyse wurden besprochen, sowie über digitale Technologien, kommunale Wärmeplanung und den regionalen Strukturwandel. In der nächsten Woche werden Folien dazu versendet, sagte er abschließend.

15. Rückmeldung Radwegekonzept

Herr Hesse bat um Rückmeldungen, zum Radwegekonzept. Im nächsten Lenkungskreis sollen die Daten mit eingebunden werden. Es werden auch noch Mitstreiter gesucht.

Herr Jentsch war der Meinung, seine Bürgermeisterkollegen sollten hierbei präsent sein, um frühzeitig im Prozess zu stehen.

Herr Born

16. Arbeitskreis Einheits- und Verbandsgemeinden am 23.04.25

Der 34. Arbeitskreis, Einheits- und Verbandsgemeinden vom Städte- und Gemeindebund, fand am 23.04.25 in Hettstedt statt. Themen waren:

- Erfahrungsaustausch Bundestagswahl 2025
- Haushaltssituation 2025
- Nachhaltigkeitsberichterstattung
- Grundsteuerreform 2025
- Verwaltungsdigitalisierung

17. Angebot Fortbildung BMs'

Vom Städte- und Gemeindebund kam diese Woche die Einladung zur Fortbildung der ehrenamtlichen Bürgermeister.

Termin: 15.11.2025 in Magdeburg.

18. Altkleidercontainer Abfuhr im LK

Im Landkreis Mansfeld-Südharz verschwinden derzeit die Container zur Altkleider-Sammlung. Grund dafür ist, dass die karitativen Sammler diese abbauen, weil ein landesweit tätiger Entsorger überraschend die entsprechenden Verträge gekündigt hat. Auch der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft des Landkreises (EAW) ist von dieser unvermittelten Kündigung betroffen.

Herr Hesse

19. AZV Wipper-Schlenze aktueller Stand

Er informierte über das laufende Klageverfahren. Der AZV Wipper-Schlenze erhebt eine Forderung in Höhe von 23.000,00 €. Im Verfahren vertritt uns RA Pelz und rät von der Zahlung ab. Hierzu wird es im Verbandsgemeinrat einen Beschlussvorschlag geben.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde geschlossen.

zu 13 Bekanntgabe der Beschlussergebnisse des nichtöffentlichen Teiles der Sitzung

Hier wurden keine Beschlüsse gefasst.

zu 14 Schließung der Sitzung durch den Vorsitzenden

Die Sitzung wurde um 19:45 Uhr durch den **Vorsitzenden** geschlossen.

Norbert Born
Vorsitzender

Sabine Rathmann
Protokollführer